

**Schriftenreihe des Europäischen Zentrums  
für Föderalismus-Forschung**

Herausgegeben von  
Rudolf Hrbek  
Franz Knipping  
Günter Püttner  
Roland Sturm

Band 19

Roland Sturm/Sabine Kropp (Hrsg.)

# Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen

Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der  
Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN 3-7890-6393-2

1. Auflage 1999

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999. Printed in Germany. Alle Rechte,  
auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der  
Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung:

Zum Erkenntniswert der Innenseite des Regierungshandelns von Koalitionen

*Roland Sturm/Sabine Kropp*

7

## I. Koalitionstheorien: Stand und Perspektiven

1. Playing To Win. Adapting Concepts of Rationality and Utility for the German Coalition Context  
*Patricia Hogwood* 15
2. Stategisches Koalitions handeln und Koalitionstheorien. Konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung von Konflikt und Konsensbildung in Koalitionen  
*Sabine Kropp* 44

## II. Empirische Befunde

1. Koalitionsbildungen im Bund: Sache der Parteien?  
*Suzanne S. Schüttemeyer* 81
2. Die CSU als Koalitions partner  
*Gerhard Hirscher* 96
3. Der kleine Koalitions partner in den Ländern:  
Koalitionsstrategien von F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen im Vergleich  
*Gudrun Heinrich* 120
4. Koalitionen in den neuen Bundesländern. Varianten, Veränderungen, Versuchungen  
*Eckhard Jesse* 146
5. Die Ein-Partei-Regierung - eine Koalition eigener Art.  
Beobachtungen eines Teilnehmers  
*Hans Peter Bull* 169
6. Parteien und Koalitionsbildung in den Kommunen  
*Hans-Georg Wehling* 180
7. Coalition Termination in the Federal Republic of Germany  
*Geoffrey K. Roberts* 197

### III. Berichte aus der Praxis

1.	Erfahrungen mit der sozialliberalen Koalition in Rheinland-Pfalz <i>Hans-Artur Bauckhage</i>	216
2.	Nach außen hui und innen pfui? Über die Spielregeln und das Funktionieren von rot-grünen Koalitionen <i>Alexander Müller/Karsten McGovern</i>	223
3.	Erfahrungen mit der PDS-tolerierten rot-grünen Minderheitskoalition in Sachsen-Anhalt 1994-1998 <i>Rüdiger Fikentscher</i>	236
	Autorenverzeichnis	245

Einleitung:

Zum Erkenntniswert der Innenseite des Regierungshandelns von Koalitionen

*Roland Sturm/Sabine Kropp*

„In a democracy“, so argumentierte Joseph A. Schumpeter (1942: 273), „the primary function of the elector's vote is to produce government.“ In Deutschland zumal hat sich eine quasi „intermediäre“ Instanz zwischen den Wähler und die Wahl eines Regierungschefs geschoben, nämlich das Regierungsbündnis. Es war lange Zeit Bestandteil der deutschen politischen Kultur, daß die Parteien die Wähler darüber in Kenntnis setzten, welche Bündnisalternative sie nach einer anstehenden Wahl anstrebten. Feste Koalitionsaussagen konnten zumal im Bund, aber auch in den meisten Ländern schon deshalb abgegeben werden, weil die Zahl der Parteien auf beiden Ebenen des politischen Systems seit den fünfziger Jahren kontinuierlich abgenommen und sich die Parteienlandschaft in Richtung eines wenig fragmentierten, mäßig polarisierten „Zweieinhalbparteiensystems“ (Blondel 1968) entwickelt hatte.

Damit war es auch für den deutschen Wähler leichter, seine ihm von Schumpeter zugewiesene demokratische Funktion zu erfüllen. Gleichwohl blieb bei vielen Wahlen ein gewisses Maß an Ungewißheit über die künftige Regierungsbildung bestehen, denn es war - zumal dann, wenn in den Ländern neue Parteien in die Landtage einzogen - immer wieder möglich, daß Wahlergebnisse angekündigte Bündnisse nicht zuließen. Die Ausdifferenzierung der Parteiensysteme in Bund und Ländern seit den neunziger Jahren sowie die Schwäche insbesondere der F.D.P. als Koalitions- bzw. Funktionspartei auf Landesebene, aber auch der Grünen in den neuen Ländern zwingen die Parteien inzwischen oftmals dazu, von eindeutigen Koalitionsaussagen abzusehen. Die Koalitionsbildung bleibt somit ein von der Wählerentscheidung grundsätzlich zu trennender Vorgang und ist deshalb auch traditionell kein Gegenstand der Wahlforschung, sondern eines eigenständigen Zweiges politikwissenschaftlicher Forschung, nämlich der Koalitionsforschung.

Die Koalitionsforschung war bislang zuvörderst an der Phase der politischen Mehrheitsbildung nach der Wahl interessiert. Zahlreiche Studien konzentrierten sich darauf zu erklären, wie und aufgrund welcher Motivationen und Präferenzen der Parteien im Koordinatensystem des Parteienwettbewerbs Koalitionen zustandekommen. Die Koalitionsforschung hat in den letzten 35 Jahren immer ausgefeiltere testbare Modelle entwickelt, die ihre Prognosekraft fortlaufend zu steigern vermochten. Je stärker sich die Modelle an die zu erklärenden Einzelfälle annäherten, desto komplexer entwickelten sich die Modellannahmen und desto größer wurde die Zahl der zu berücksichtigenden erklärenden Variablen. Ob eine Prognosekraft solcher Modelle von etwa 50% enttäuscht oder als Erfolg anzusehen sei, bleibt umstrit-